

Dresdner Volkszeitung

Postgeschäftskontor: Dresden
Rz. 1268, Aden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Vonfronten: Sächsische Staatsbank,
Dresden, Bank d. Arbeiters, Angestellten u. Beamten, Rf. Dresden,
Gebäudekundgebung, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Umtshauptmannschaft Dresden

Bei Übereinstimmung mit den Schätzungen handelswirtschaftlicher Art, ist es durch einen Entschluß höherer Gewalt, der den Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Aufschluß auf Rückverfolgung des Bezugspunktes oder auf Nachverfolgung der Zeitung

Wochenzeitung mit der täglichen Unterhaltungsblätter „Leben, Lachen, Kunst“ sowie der illustrierten Wochenendzeitung „Der Sonntag“ monatlich 2,10 M. einzahlt, 45 Pf. Prämierabzug. (Über den „Sonntag“ 2 M. einzahlt, 35 Pf. Prämierabzug.) Beitragszins nur mit „Sonntag“ 1,50 M. anzuhängen. Post- und Zustellungsgebühren.

Schriftleitung: Zeitungsviertel 10, Berlinerstrasse Nr. 25 261. Geschäftsführer nur wöchentlich von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsführer: Zeitungsviertel 10, Berlinerstrasse Nr. 25 261 u. 12 707. Geschäftsführer von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 20 mm breite Komparatistzeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2 M., für auswärtig 40 Pf. u. 2,50 M., abgänglich Preisänderung laut Tarif, Dokumentenanzeigen, Stellen- u. Mietverträge 20 Pf. netto, für Briefniederleg. 10 Pf. Einzelne 10 Pf.

Nr. 127

Dresden, Donnerstag, den 2. Juni 1932

43. Jahrgang

Kampfruf der Sozialdemokratie

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Die Reaktion hat ihre Karten aufgedeckt!

Durch eine Intrige ostpreußischer Großgrundbesitzer und ehrgeiziger Generale ist das Kabinett Brüning gestürzt worden, nachdem es wenige Wochen zuvor im Reichstag mit einer Mehrheit von 30 Stimmen gescheitert war. An seine Stelle soll als Reichskanzler Herr v. Papen treten, dessen einzige politische Leistung bis zur Stunde darin besteht, daß er — bisher aus dem äußersten rechten Flügel des Zentrums stehend — unablässige gegen die Politik der eigenen Partei, gegen die Regierung der Weimarer Koalition in Preußen frontiert und konspiriert hat.

Das neu zubildende Kabinett nennt sich „Kabinett der nationalen Konzentration“. In Wahrheit ist es ein „Kabinett der reaktionären Konzentration“. In diesem Kabinett sammeln sich die wirtschaftlich und politisch reaktionären Mächte Deutschlands.

Bezeichnend ist schon das äußere Bild: die übergroße Mehrheit der Kabinettsmitglieder entstammt dem Adel. Bürgerliche Namen sind nur ganz vereinzelt anzutreffen. Kein Arbeiter gehört dem Kabinett an. Auch der Mittelstand ist ausgeschaltet.

Dieses Kabinett der nationalen Konzentration ist die erste Reichsregierung seit 1918, in der die organisierte Arbeitnehmerchaft, in der die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten, Beamten, ganz gleich welcher Richtung, ohne jede Vertretung geblieben sind.

Das ist kein Zufall! Der äußeren Zusammensetzung entspricht der innere Geist der neuen Regierung. Wir Sozialdemokraten haben an dem Kabinett Brüning vieles zu tadeln gehabt, am meisten, daß es die Forderungen der Arbeitnehmer in der Wirtschaftskrise nur sehr unvollständig und zögernd erfüllte. Aber nicht deswegen hat die oben gennannte Clique das Kabinett Brüning bestellt. Der Sturz des Kabinetts Brüning erfolgte, um die im Kabinett Brüning noch vorhandene schwache Vertretung der Arbeitnehmerinteressen restlos auszumerzen. Mit dem Sturz der Regierung Brüning soll die Bahn freigemacht werden:

für die Aushebung des Versicherungsschutzcharakters der Arbeitslosenversicherung, d. h. für die Erleichterung der gesetzten Arbeitslosenversicherung durch die Wohlfahrtspflege;

für die Beseitigung eines bindenden Tarifvertrages, d. h. für die Herabsetzung der Löhne im größten Maßstab.

Das ist nicht alles! Verschlägen werden soll durch den Sturz des Kabinetts Brüning das Projekt der Arbeitsbeschaffung im Wege einer aufzulegenden Brämenanleihe. Verschlägen werden soll der Plan einer großzügigen Besiedelung des bankrotten und nicht mehr sanierungsfähigen ostelbischen Großgrundbesitzes.

Einer der Hauptgründe für den Sturz der Regierung Brüning ist es gewesen, daß diese sich geweigert hat, dem ostelbischen Großgrundbesitz für seine im Siedlungsverfahren aufzuteilenden bankrotten Güter die von den Junkern geforderten phantastischen Nebenkosten zu zahlen.

Zu den wirtschaftlichen Gründen kommen die politischen. Die durch die Krisepanik und die Konsolidiertheit eines Teils der Bevölkerung genährten reaktionären Hoffnungen sollen erfüllt werden, indem das Steuer des Reiches nach rechts gedreht wird. Es ist bezeichnend, daß dieses Kabinett der Barone, der Generale, der Industriherren und Großgräfler auf die Tolerierung der Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“ spekuliert. Es ist ebenso bezeichnend, daß diese angebliche „Arbeiterpartei“ sich unter gewissen Bedingungen zur

Tolerierung dieses ausgesprochen arbeiterfeindlichen Schärfmacherkabinetts bereit erklärt.

Zu den Bedingungen der Nationalsozialisten gehört u. a. die Aufhebung des SA-Verbotes, die Aufhebung aller Strafverordnungen gegen den politischen Terror und die baldige Neuwahl des Reichstages. Die Nationalsozialisten betrachten die neue Regierung nur als Vorbereiterin ihrer eigenen Herrschaft. Nach Erfüllung ihrer Bedingungen erhoffen sie, unter Anwendung des blutigsten Terrors, durch rücksichtslose Einsetzung der Hitlerischen Privatarmee den lösungslosen Reichstag nach ihren Wünschen zu gestalten.

Genossen und Genossinnen!
Diesen Plan der Reaktion zu durchkreuzen ist die Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Es besteht hierzu auch die volle Möglichkeit, wenn die Arbeiterschaft das Spiel der Reaktion rücksichtslos entlarvt!

Jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem die reaktionären Kräfte, die bisher alles Unglück auf das „System“, auf die Demokratie, auf die Republik, auf den Sozialismus abgewälzt haben, selber die Verantwortung übernehmen müssen.

Jetzt wird sich der Wert ihrer demagogischen Verheißungen erweisen! Jetzt sollen die neuen Herren auf der Lausanner Konferenz zeigen, ob sie imstande sind, die Herstellung des Weltkriegs und die Streichung alter Lasten zu erkennen.

Berlin, den 1. Juni 1932.

Jetzt sollen sie zeigen, wie weit ihr demagogisches Gelehrte über die Notverordnungen ernst gewesen ist! Jetzt sollen sie zeigen, ob sie die Steuerverordnungen usw. der Regierung Brüning aufheben werden!

Die Sozialdemokratie tritt in die schärfste Opposition in einem Augenblick, in dem die reaktionäre Demagogie gezwungen ist, sich selber zu entlarven. Es kommt nun darauf an, daß der kurze Zeitraum, der uns voransichtlich bis zu den Reichstagsneuwahlen bleiben wird, ausgenutzt wird, um auch die von Kommunisten und Nazis irregelmäßig Teile der Arbeiterschaft in die Front der Sozialdemokratie gegen die Reaktion zurückzuführen. Das gilt namentlich von jenen Verbündeten und Freigeschworenen, die sich jahrelang von den Kommunisten einreden ließen, daß die Sozialdemokratie der „Hauptfeind“ sei!

Der alte Kampfgeist der Sozialdemokratie lebt für uns gibt es keinen Kleinmut und keine Entmutigung.

Denn wir wissen:

Die politische Krise Deutschlands ist nur eine Wirkung der Weltkrise des kapitalistischen Systems. Vergebens sucht die Kapitalistensklasse Deutschlands beim Faschismus ihre Rettung. Alle Fähigkeit der kapitalistischen Helfer wird vergeblich bleiben. Der Umbau der verfallenden Wirtschaftsordnung mit dem Ziel sozialistischer Gemeinwirtschaft ist zur Gegenwartswirkung gereift. Die Macht der Monopole muß gebrochen, der Einfluß des Staates auf Warenherstellung, Warenverteilung, Bank- und Kreditwesen verstärkt werden. Besitz und Verfügungsgewalt der öffentlichen Hand müssen erweitert werden, um die Grundlage für die Planmäßigkeit der Gesamtwirtschaft zu schaffen. Der Ausweg aus Krise, Not und Elend ist der Weg zum Sozialismus.

In diesem Geiste werden wir kämpfen und siegen!

Es lebe der Kampf! Es lebe die Sozialdemokratie!

Der Parteivorstand.

Das Kabinett der Rückwärtser

Berlin, 2. Juni. (Eig. Funk.) Der Reichspräsident empfing am Mittwoch abend Herrn von Papen zum Vortrag über seine Bewährungen hinsichtlich der Kabinettbildung und ernannte daraufhin Herrn von Papen zum Reichskanzler. Außerdem erfolgten folgende Ernennungen:

- Freiherr von Gayl, Innenministerium,
- vom Schleicher, Wehrministerium,
- Freiherr von Braun, Ernährungsministerium,
- Ols v. Rübenach, Post- und Verkehrsministerium,
- Wermbold, Wirtschaftsministerium,
- Overreyser-Blank, Staatssekretär in der Reichs-

des Reichstags der Reichsregierung als Gesandten in Luxemburg

vom Außenamt als ungeeignet abgelehnt.

Das Charakterbild dieser Herren wird schließlich durch die Tatsache abgerundet, daß v. Papen dem Zentrumsführer Stahl nach der Berufung zum Reichspräsidenten erklärte, daß er irgendeinen Auftrag zur Neubildung der Regierung nicht annehmen und er sich dem Wontag geschafft. Der Beschuß der Zentrumsfaktion des Reichstags, nach dem Mitglieder der Partei untersagt war, sich ohne Verständigung mit der Verteilung an der neuen Regierung zu beteiligen, in kohärente Weise fügen werde. Die Wirklichkeit ist die, daß v. Papen im gegenteiligen Sinne seiner Erklärung gehandelt hat und der bis vor kurzem noch zum Diplomaten „ungeeignete“ Mann inzwischen Reichskanzler wurde. Man möchte an einen Witz der Weltgeschichte glauben, wenn die Sache nicht so bitter ernst wäre.

Die Zusammensetzung dieses Mijgeburt von Regierung, von der selbst deutschnationale Persönlichkeiten behaupten, daß sie trotz der schwierigen Zeiten die schlechteste Regierung ist, die Deutschland seit dem Umsturz erlebt hat, läßt deutlich erkennen, auf welches Ziel das Steuer gerichtet werden soll. Die Herren der neuen Reichsregierung sind fast ausschließlich Mitglieder der Deutschnationalen Partei, als solche zum Teil persönliche Freunde des Reichspräsidenten, die mit der Nazi-Bewegung sympathisieren. Der neue Ernährungsminister und Oftommarsch, Freiherr von Braun, ist als Kapitän bekannt, der Bruder des Verkehrs- und Postministers, natürlich ebenfalls ein Freiherr, ist nationalsozialistischer Abgeordneter im Preußischen Landtag, und Herr Ols v. Rübenach selbst ist zwar nicht eingeschriebenes Mitglied der Hitler-Partei, aber er steht ihr so nahe, daß er auch ohne Wahlung der Mitgliedschaft als stilles Mitglied betrachtet werden muß.

Das besagt genug, und so fühlt sich mindestens ein Teil der neuen Männer als Wahlhauer des Hitler. Aber noch ist dieses Ziel nicht erreicht. Die deutschen Arbeiter aller Städte werden alle Kräfte anspannen, um dieses Ziel unmöglich zu machen.

Die Missgeburt

Bayerns Moribund

Berlin, 2. Juni. (Eig. Funk.) Die Zusammensetzung und die Ziele der neuen Reichsregierung standen bereits vor Wochen ziemlich genau fest. Es überzeugt deshalb nicht, daß sie innerhalb 24 Stunden auf die Beine gestellt wurde.

Der angebliche Führer dieser Regierung, Herr v. Papen, wurde vor nicht allzu langer Zeit, als ihm die Zentrumsfaktion